Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 80 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 68. | Dresden, Donnerstag den 23. März 1916. | 27. Jahrg.

Besetzung französischer Stützpunkte auf dem Höhenrücken bei Haucourt. – Gesamtbeute bei Verdun. – Erweiterung der russischen Angriffsbewegung.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 23. März 1916.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Der Erfolg beim Walde von Avocourt wurde durch Inbesitznahme der französischen Stützpunkte auf dem Höhenrücken südwestlich von Haucourt vervollständigt. Es wurden etwa 450 Gefangene eingebracht.

Im übrigen hat das Gesamtbild keine Veränderung erfahren.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Ihre Hauptangriffstätigkeit verlegten die Russen auf die gestrigen Abend- und Nachtstunden. Mehrfach brachen sie mit starken Kräften gegen unsere Stellungen im Brückenkopfe von Jakobstadt, beiderseits der Bahn Mitau—Jakobstadt, viermal gegen unsere Linien nördlich von Widsy vor. Während sie auf der Front nordwestlich von Postawy, wo die Zahl der eingebrachten Gefangenen auf 14 Offiziere, 889 Mann gestiegen ist, wohl infolge der übermäßigen blutigen Verluste von größeren Angriffsversuchen Abstand nahmen, stürmten sie wiederholt mit neuer Gewalt zwischen Narocz- und Wiszniew-See an. Der hohe Einsatz an Menschen und Munition hat auch in diesen Angriffen und in mehrfachen Einzelunternehmungen an anderen Stellen den Russen nicht den kleinsten Vorteil gegenüber der unerschütterlichen deutschen Verteidigung bringen können.

Balkan-Kriegsschauplatz:

Keine besonderen Ereignisse.

Oberste Heeresleitung.

Die Steuern vor dem Reichstage.

Rückzug der Frondeure.

Ein bemerkenswertes Vorspiel leitete die Etats- und Steuerdebatte des Reichstags ein.

Konservative und Nationalliberale haben sich seit langem für die sogenannte „schonungslose Kriegsführung", in der dem U-Boot die erste Rolle zugemessen wird, heftig ins Zeug gelegt. Sie haben geglaubt, sich auf den Großadmiral v. Tirpitz berufen zu dürfen, und sie haben mit ihren waghalsigen Forderungen im Lande erregende Agitationen betrieben. Der Abschied des Großadmirals hat ihren Zorn vollends entfacht und die von ihnen im Reichstage eingebrachten scharfmacherischen U-Bootsanträge schienen die Einleitung eines entscheidenden Waffenganges gegen die Reichsleitung bedeuten zu sollen, die, wie bekannt, die konservativ-nationalliberalen Zumutungen zurückweist.

Aber schließlich haben wohl die Scharfmacher selbst bemerkt, daß sie sich auf einer abenteuerlichen Bahn bewegten. Es war bereits sehr auffällig, daß sie ihre so herausfordernden Anträge nicht alsbald, wie es die Deutsche Tageszeitung des Herrn Dr. Oertel forderte, auf die Tagesordnung des Reichstags zu bringen unternahmen. Die Anträge waren vorgelegt, aber dabei ließ man es bewenden. Diese Zurückhaltung aber hätte wiederum nach außen wohl den Eindruck der Mutlosigkeit erwecken müssen, und so gedachte die Herren Graf v. Westarp und Major Bassermann durch ein kleines Manöverchen ihre Sache doch noch zu retten. Sie ergingen sich schon seit Tagen in unsicheren Andeutungen, daß sie bei der ersten Etatslesung „einige Worte" für Tirpitz zu sagen beabsichtigen, und im Aeltestenrat, der am Mittwoch vormittag stattfand, traten sie mit der Ankündigung hervor, daß sie die U-Bootsfrage „berühren" und „nur" sich gegen die offiziöse Zurechtweisung ihrer Anträge verwahren wollten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat sich diesen unerfreulichen Versuchen der Scharfmacherei mit Entschiedenheit widersetzt und sie zum Scheitern gebracht. Unsere Fraktion ist sich über Sinn und Zweck der gegen die Politik des Reichskanzlers gerichteten Zettelungen keinen Augenblick im Zweifel gewesen. Sie hat den unten wiedergegebenen Antrag beschlossen, der ebenso deutlich wie scharf sich gegen die Treibereien richtet, die geeignet sein könnten, Deutschland noch mit weiteren, bisher neutralen Staaten in Konflikt zu bringen. Ebenso sind die Vertreter unserer Fraktion im Aeltestenrat sofort mit aller Schärfe gegen den Versuch eingeschritten, so nebenbei und in versteckter Weise das scharfmacherische Begehren in die Reichstagsverhandlung einzuschmuggeln. Sie erklärten dort, daß unsere Fraktion, sobald von konservativ-nationalliberaler Seite die U-Bootsangelegenheit angeschnitten würde, es sich keinesfalls nehmen lassen würde, die völlige Haltlosigkeit und Schädlichkeit des Scharfmachertreibens ausführlich darzulegen. Diese Erklärung bewirkte, daß die Akteure des seltsamen Torpedospiels sich zum weiteren Rückzug entschließen mußten. Man berief eiligst Fraktionssitzungen ein, und das Ergebnis war, daß kleinlaut Verzicht geleistet werden mußte auf ein Vorgehen, das keinen andern Zweck hatte, als den Scharfmacherfeldzug in der versteckten Form einer bloßen Abwehr weiter zu betreiben, ohne daß es andern möglich sein sollte, darauf in geeigneter Weise zu erwidern.

Als der Präsident Dr. Kaempf nach reichlicher Verspätung die Reichstagssitzung eröffnete, konnte er mitteilen, daß „die U-Bootsfrage bis auf weiteres aus der Diskussion" ausscheide.

So ist das Draufgängertum gehörig in die Schranken verwiesen worden. Womit freilich keineswegs gesagt ist, daß es dauernd auf seine Politik verzichtet hätte. Vielmehr wird es fortgesetzt nötig sein, mit größter Aufmerksamkeit auf derartige Versuche aufzupassen.

Einen nebensächlichen, aber fast erheiternden Zwischenfall bereitete übrigens bei dieser Gelegenheit der Abgeordnete Dr. Liebknecht. Er verlangte das Wort zur Geschäftsordnung, widersprach dem Beschluß des Aeltestenrats und forderte die Debatte über den U-Bootskrieg. Er bewies damit lediglich, daß er die politische Situation völlig mißverstand und daß er unbewußt nur wieder im Begriffe stand, der Politik des Grafen Westarp Vorschub zu leisten.

•

Die Steuerdebatte begann mit einer umfassenden, ausgezeichneten, vielfach von der Zustimmung unsrer Fraktion begleiteten Rede des Genossen Keil. In weit ausgreifenden Betrachtungen, die von großer Sachkunde erfüllt waren, wies unser Redner die Notwendigkeit nach, mit der Einführung von Kriegssteuern nicht länger zu warten. Wenn wir nach dem Beispiel Englands schon früher dazu übergegangen wären, so wäre heute unsere Kriegsschuld viel geringer und damit auch die Last des Schuldendienstes. Der Kriegsgewinnsteuer, wie sie Herr Helfferich vorgelegt hat, sagte Keil mit Recht schwere Fehler nach: ihre Progression für die höchsten Gewinne ist nur dekorativ, für die hohen Gewinne aber ist sie zu gering und außerdem macht sie Steuerhinterziehungen in großem Umfange möglich. Hier werden erhebliche Aenderungen notwendig werden. Mit der gebührenden Schärfe wandte sich unser Redner gegen die Verbrauchs- und Verkehrssteuern, die geradezu die Zusicherung Helfferichs, notwendige Lebensmittel nicht zu besteuern, infolge der zu erwartenden Abwälzung ins Gegenteil verkehren müssen.

Unserem Redner folgte Herr Spahn vom Zentrum, der mit einem kurzen Dank an Tirpitz begann und im übrigen auch für seine Partei allerhand erhebliche Bedenken gegen die Helfferichschen Steuerpläne vorbrachte, so daß der Fortschrittler v. Payer mit Recht sagen konnte, nach den Reden der Vertreter der zwei stärksten Fraktionen würden die Vorlagen wohl bedeutende Aenderungen in der Ausschußberatung erfahren. Nachdem auch dieser Redner ziemlich entschieden gegen die einseitige Belastung von Verbrauch und Verkehr Stellung genommen und stärkere Heranziehung des Besitzes gefordert hatte, suchte Dr. Helfferich seine Vorschläge nochmals als das gegenwärtig einzig Mögliche und als das allein Richtige und sozial Einwandfreie hinzustellen. Mit welchem Erfolge, wird sich in den weiteren Sitzungen und in der Ausschußberatung zeigen. Am Donnerstag geht die Beratung weiter.

•

Aus dem Reichstage.

Berlin, 23. März. Am Bundesratstische Staatssekretäre Helfferich und Krätke. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten. Die erste Lesung des Etats und der Steuervorlagen wird fortgesetzt.

Abg. Stresemann (natl.): Der Abg. Spahn hatte recht, wenn er gestern darauf hinwies, wie bedeutend günstiger unsere gegenwärtige Kriegslage ist gegenüber dem März vorigen Jahres, wo Oesterreich-Ungarn in Verteidigungsstellung war gegen Rußland. Heute sind Serbien und Montenegro niedergeworfen. Die Dardanellen sind frei; und mit Stolz blicken wir auf die Erfolge vor Verdun und die Kämpfe im Osten. (Bravo!) Die Nachricht vom Rücktritte des Großadmirals v. Tirpitz hat im Volke eine tiefe Bewegung hervorgerufen, um so mehr, als er die Flotte und den Willen zur Vergeltung verkörperte. Das Ergebnis unserer bisherigen Wirtschaftspolitik ist dankbar zu buchen. Die Reichsausgaben dürfen nicht durch Anleihen gedeckt werden. Daher ist auch der Kaufmannsstand bereit, weitere Lasten, die sich nicht umgehen lassen, auf sich zu nehmen. Der Tabak ist bisher glimpflich davongekommen. An den Quittungsstempel wird sich die städtische Bevölkerung bald gewöhnen, anders die Landbevölkerung. Große Bedenken haben wir gegen die Postabgaben und gegen die Erhöhung der Fernsprechgebühren. Auch bei der Kriegsgewinnsteuer ist eine Aenderung der Sätze zu erwägen. Die Helfferichschen Steuervorlagen sichern ein soziales Aequivalent, indem sie einen Ausgleich zwischen direkten und indirekten Steuern zu schaffen versuchen. Gegen einen abermaligen Wehrbeitrag haben wir Bedenken. Dagegen hoffen wir, bei einer etwaigen Erhebung der Reichserbschaftssteuer auf direkte Abkommen auch bei den früheren Gegnern Verständnis zu finden. Ob aber der gegenwärtige Augenblick hierfür geeignet ist, fragt sich, da die Einzelstaaten zur Fortführung ihrer Kulturaufgaben unbedingt ihren Anteil an der Reichsvermögenssteuer erhalten müssen. Vielleicht läßt sich die Schaffung von Monopolen für die Einzelstaaten ermöglichen. Es wäre zu wünschen, daß unsere Ausfuhrbedingungen erleichtert würden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Westarp (kons.): Der militärische wie politische Jahresabschluß ist gewaltig. Die Heldentaten, die vor Verdun vollbracht werden, stehen unerreicht da.

Griechische Vorbereitungen zur Verteidigung von Epirus.

Athen, 23. März. Die der Regierung nahestehenden Blätter melden: Griechische Streitkräfte sind im nördlichen Epirus konzentriert, um ein etwaiges Eindringen der Italiener abzuwehren. Griechenland wisse zwar, daß es gegen die Entente nicht aufkommen könne, trotzdem wolle es keine italienischen Eroberungsgelüste in Epirus dulden.

Drohende Ausdehnung der norwegischen Arbeitsstreitigkeiten.

Christiania, 23. März. Dem Ausstand der norwegischen Grubenarbeiter werden sich demnächst auch die organisierten Arbeiter anderer größerer Betriebe anschließen, so alle Schiffskonservenfabriken und die Milchkondensierungsfabriken. Heute hat der Arbeitgeberverband darauf mit einer Aussperrung größeren Umfanges, die in einigen Wochen vor sich gehen soll, geantwortet.

Englischer Dampfer bei Malta versenkt.

Mailand, 23. März. Einer Meldung des Secolo zufolge wurde der englische Dampfer Coquette vor einigen Wochen etwa 20 Meilen von Malta entfernt durch Kanonenschüsse versenkt. 18 Mann von der Besatzung langten nach achttägiger Bootsfahrt an der libyschen Küste an, wo die Hälfte von Beduinen gefangen wurde, während die andere Hälfte nach Tripolis entkam.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zur U-Bootsfrage.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag folgenden Antrag beschlossen:

Der Reichstag wolle beschließen, dem Herrn Reichskanzler folgende Erklärung zu übermitteln:

Der Reichstag spricht die Erwartung aus, daß bei den Verhandlungen über die Anwendung der U-Bootswaffe alles vermieden wird, was die berechtigten Interessen neutraler Staaten schädigen und eine unnötige Verschärfung und Erweiterung des Krieges bewirken könnte.

Der Reichstag erwartet vielmehr, daß die Regierung alles tun wird, um einen baldigen Frieden herbeizuführen, der die Unversehrtheit des Reichs, seine politische Unabhängigkeit und wirtschaftliche Entwicklungsfreiheit sicherstellt.

Als Redner für die politische Debatte wurden die Fraktionsvorsitzenden, die Genossen Ebert und Scheidemann, gewählt.

•

Rückzugsgefechte.

Während im Reichstag die U-Bootsscharfmacher einen Rückzug angetreten haben, wird in ihrer Presse noch einmal feste gerummelt. Die Kreuzzeitung, die Deutsche Tageszeitung und einige andere Blätter der Rechten veröffentlichen eine Erklärung, in der sie Tirpitz als den deutschen Staatsmann preisen, der den englischen Vernichtungswillen am klarsten erkannt habe und entschlossen war, diesem Willen mit rücksichtsloser Verwendung aller uns zu Gebote stehenden Mittel zu begegnen. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes wisse sich mit ihm darin einig. Es sei die Sorge verbreitet, daß der Rücktritt des Großadmirals mit seiner Haltung in dieser Frage in Zusammenhang stehe. Es sei ein dringendes Gebot der Stunde, daß dieser Sorge der Boden völlig entzogen werde, wozu die dem Reichstage vorliegenden Anträge eine geeignete Handhabe bieten würden. Es wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Reichsleitung diesen Anträgen im Reichstage eine Würdigung zuteil werden lasse, die ihren vaterländischen Zielen Erfüllung verheiße.

Die konservativen Blätter spielen sich hier wieder einmal als Vertreter der Anschauungen der Mehrheit des deutschen Volkes aus, wozu sie sicherlich nicht im geringsten berechtigt sind. Im übrigen haben sich ihre Vertreter im Reichstage, da sie in die Vertagung der Besprechung ihrer U-Bootsanträge gewilligt haben, damit abgefunden, daß zunächst der „Sorge", von der in der konservativen Presse die Rede ist, der Boden noch nicht entzogen wird.

Auch sonst ist das Treiben der U-Bootsscharfmacher weitergegangen. Zu den vielen Sympathietelegrammen, die der Großadmiral v. Tirpitz bekommen hat, ist auch eins des Bundes der Landwirte gekommen, in dem Herrn v. Tirpitz das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß er gerade in dieser Zeit, wo Deutschland klar denkender, entschlossener Männer bedürfe, der unmittelbaren Einwirkung und Mitarbeit entrückt sein. In Berlin ist von dem Berliner Universitätsprofessor der Geschichte, Dr. Schäfer, an alle mit erreichbaren Adressen eine Eingabe an den Reichstag zur Unterschrift gesandt worden. Hinter der Geschichte steht offenbar auch der ultramontan-nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann, an der die Unterschriften [illegible]

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19160323/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG